

**Die Kriegssitzung des Gemeinderates.**

Gestern fand die erste reguläre Gemeinderatssitzung, als sogenannte Kriegssitzung des Gemeinderates, statt. Der Bürgermeister gab in großen Zügen eine resümiierende Darstellung über die von ihm getroffenen Verfügungen, beziehungsweise über die Beschlüsse des Stadtrates aus Anlaß des Krieges und erbat sich zugleich die Ermächtigung für die Dauer des Kriegszustandes. Sämtliche

Anträge wurden ohne jede Debatte einstimmig angenommen. Nach den Mitteilungen des Bürgermeisters kann an eine regelmäßige Tätigkeit des Gemeinderates kaum gedacht werden.

Nachstehend der Sitzungsbericht:

Vorsitzender Bürgermeister Dr. Weiskirchner macht folgende Mitteilungen:

Kriegsdienste leisten die Gemeinderäte Biber, Dr. Glasauer, Kohnout, Dr. Gemala, Söhl, Schelz, Moisl, Nemes, Dr. Pupovac, Bignati und Winarsky. Ich glaube, wir geben dem Wunsch Ausdruck, daß unsere Kollegen aus der Kriegsdienstleistung heil und gesund zurückkehren. (Beifall.)

Der Bürgermeister widmet sodann dem am 31. August verstorbenen Gemeinderat Wendelstn Kleiner einen ehrenden Nachruf.

Vizebürgermeister Hierhammer übernimmt den Vorsitz.

**Die Verfügungen des Bürgermeisters.**

Bürgermeister Dr. Weiskirchner berichtet über die infolge des Kriegszustandes bisher getroffenen Verfügungen und die Ermächtigung für die Zukunft und führt unter anderem aus:

Ein besonderes Augenmerk habe ich von vornherein darauf gerichtet, den wirtschaftlichen Nebelständen, die der Krieg mit sich bringt, tunlichst zu begegnen. Unmittelbar nach Ausbruch des Krieges zeigten sich in wichtigen Lebensartikeln Preistreiberien, denen ich mit aller Energie an den Leib rückte. (Lauter Beifall.) Es wurden eine Reihe von Vorschlägen gemacht, die ich aber vorderhand noch nicht durchführte. So insbesondere den Vorschlag nach einem Maximaltarif. Diese Maßregel wäre damals nach meiner Ueberzeugung verderblich gewesen. (Zustimmung.) Es wäre eine Steigerung der Lebensmittelpreise eben bis zur Maximalhöhe eingetreten. Wie soll ich den Kleinhändler zu einem Maximaltarif verpflichten, wenn ich nicht auch einen Maximaltarif für den Großhandel habe. (Zustimmung.) Viele Detailhändler hätten ihre Geschäfte zupacken müssen, weil sie nicht mehr in der Lage gewesen wären, zu den vorgeschriebenen Preisen zu verkaufen. Ich habe eine Tabelle vom Marktamt ausarbeiten lassen, welche einen Vergleich der Preise der notwendigen Lebensmittel vom 20. September 1913 und vom 20. September 1914 gibt. Ohne weiteres muß zugegeben werden, daß die Preise gewisser Artikel angezogen haben, das gilt insbesondere von Zucker und Mehl, aber immer nicht so, daß von einer bedrohlichen Teuerung gesprochen werden könnte. Andre Artikel sind aber billiger als zur Zeit des Vorjahres. Während am 20. September 1913 auf unsern Märkten die Kartoffeln einen Preis von 16 bis 24 S. pro Kilogramm hatten, haben sie heuer 8 bis 18 S. gekostet. Wie alle Herren sich überzeugen können, sind die Zufuhren so reichlich, daß dieses wichtige Nahrungsmittel des Volkes allen zur Verfügung steht. Ich will noch darauf hinweisen, daß Fischen, Paraderiser und andre Gemüse reichlich und zu entsprechenden Preisen verkauft wurden. Obst, besonders Zwetschen, sind zu Preisen erhältlich, zu denen sie früher nie auf unsern Märkten verkauft wurden. Meine Aufgabe und Aufgabe der gesamten Gemeindeverwaltung wird es stets sein, darauf zu sehen, daß genug Lebensmittel und zu entsprechenden Preisen erhältlich sind. Ich habe bisher von der Beschlagnahme von Lebensmittelvorräten keinen Gebrauch gemacht, behalte mir aber vor, wenn von irgendeiner Seite Preistreiberien unternommen werden sollten, rücksichtslos vorzugehen (Beifall!) und entsprechende Anträge dem Statthalter zu unterbreiten.

**Die staatlichen Unterhaltsbeiträge für Wien.**

Ich habe es ferner für meine Pflicht erachtet, dafür zu sorgen, daß den Familien der Reservisten die nach dem Gesetze gewährleisteten Unterhaltsbeiträge so rasch als möglich zukommen. Bisher wurden 82,063 Gesuche um Unterhaltsbeiträge eingebracht; unerledigt sind am heutigen Tage 2469, das sind die laufenden Ansuchen, die noch von dem jetzigen Aufgebot herrühren. Wenn Sie bedenken, daß 82,000 Personen in Wien staatlich unterstützt werden, so wird man den Segen des Gesetzes voll und ganz begreifen. (Beifall!) Wenn Sie berücksichtigen, daß der durchschnittliche Unterhaltsbeitrag 3 bis 4 K. beträgt, so kann man rechnen, daß täglich eine Summe von 300,000 K. den Familien zukommt, das sind in einem Monat 9,000,000 K. Das Geld bleibt nicht in den Händen der Beteiligten, es fließt in alle Kreise. Es ist bezeichnend, daß in dieser Kriegszeit im kaiserlichen Versuchsanstalt um mehr als eine Million Kronen Pfänder ausgelöst worden sind. (Hört! Hört!) Ich gebe zu, daß eine Frau, die ein Kind unter 8 Jahren hat, am schlechtesten daran ist. Sie bekommt 1 K. 98 S. Am besten ist vielleicht jene Frau mit einem Kinde über und zwei Kindern unter 8 Jahren daran, sie bekommt nämlich 3 K. 98 S., das sind 4 K. Es mag manche Arbeiterfrau, so lange ihr Mann in Arbeit stand, niemals so viel pro Tag erhalten haben. (Zustimmung.) Ich glaube, daß der österreichische Reichsrat, der nicht viele Verdienste aufzuweisen hat, sich mit diesem Gesetz ein großes Verdienst erworben und das Armenbudget der Gemeinden wesentlich entlastet hat. (Beifall.) Soweit sich die Unterhaltsbeiträge als ungenügend erweisen, wird

durch die bei der Zentralstelle, über die ich später sprechen werde, einlaufenden Spenden nachgeholfen. Ich habe es als meine Pflicht erachtet, darauf zu dringen, daß zwischen den beiderseitigen Regierungen das Verhältnis sichergestellt wird, damit ungarische Familien von einberufenen Reservisten den Unterhaltsbeitrag ebenfalls erhalten, was mir auch nach einigen bürokratischen Verzögerungen und Schwierigkeiten gelungen ist. Auch ungarische Familien beziehen ihre Unterhaltsbeiträge. Ein ähnliches Verhältnis hat sich bezüglich der Familien von einberufenen deutschen Reservisten herbeiführen lassen. So können wir sagen, daß für alle Familien von eingezogenen Familienerhaltern staatlich gesorgt ist. (Beifall.) Mit Stolz darf ich darauf hinweisen, daß die Gemeindeverwaltung für die eigenen Angestellten und deren Familien in weitgehender Weise gesorgt hat. (Beifall.)

**Die Privatwohltätigkeit im Kriege.**

Der Bürgermeister berichtet sodann über die im Einvernehmen mit dem Statthalter und Landmarschall eingeleitete Organisation der Fürsorge für die Angehörigen der Eingezogenen und für sonstige durch den Krieg in Not Geratene, über die Kommission für soziale Fürsorge sowie über die Notstandsarbeiten der Gemeinde. Vom 1. August bis 21. d. wurden vermittelt: Erdarbeiter 19010, und in den verschiedenen Abteilungen der Vermittlung 21,210 Personen, daher im ganzen 40,220 Personen.